

Das neue Bildungskonzept der CVP

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **66 (1979)**

Heft 6

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-526467>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Im Kanton Freiburg haben gegenwärtig 12 Primarschulklassen – 3 deutschsprachige und 9 französischsprachige – zwei Lehrer, die sich ihre Arbeit teilen. Immer mehr Bewerber interessieren sich für diese geteilten Stellen, und es ist gut möglich, dass ihre Zahl bis zum Beginn des neuen Schuljahres 1979 im Herbst weiter ansteigt. Die Bewerber haben sich allerdings schriftlich zu verpflichten, nach gleichen pädagogischen und methodologischen Prinzipien zu unterrichten. Wie der Verantwortliche für den Primarschulunterricht im Erziehungsdepartement, Maillard, erklärte, ist man mit den Erfahrungen zufrieden. Einziger Nachteil der Doppelbesetzung: Sie kann nur in Schulen durchgeführt werden, wo der Lehrer mehrere Klassen unterrichtet.

TG: Bedenken der Thurgauer Lehrer gegenüber FSU

Im Kanton Thurgau wird zurzeit die Einführung des Französischunterrichts an der Primarschule diskutiert. Da aus Klassenversuchen in Kreuzlingen und Altnau noch keine schlüssigen Ergebnisse vorliegen, erörterte der kantonale Synodalarat den Problemkreis auf Grund der Meinungen der Stufen- und Fachkonferenzen.

Das Gesamtbild präsentiert sich negativ. Eindeutig ist, dass der Einbau des Französischunterrichts nicht ohne Stoffabbau in anderen Fächern möglich wäre. Für den Schüler wäre damit auf jeden Fall eine Mehrbelastung verbunden. Schwierigkeiten sind im weiteren bei der Ausbildung der Lehrer für den Fremdsprachenunterricht zu erwarten. Der Primarlehrer müsste im Fach Französisch die gleiche Ausbildung erhalten wie ein Sekundarlehrer. Auch fehlt heute noch ein taugliches Lehrmittel. Für Mehrklassenschulen, von denen es im Thurgau noch eine ganze Reihe gibt, werden die Probleme fast unlösbar.

Gerade sie aber dürfen in ihrer Existenz durch die Einführung des Französischen nicht gefährdet werden.

Ti: Ausbau der Berufsberatung im Tessin

Unter dem Vorsitz von Ständerat Dr. R. Broger fand kürzlich in Lugano die ordentliche Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung (SVB) statt. Die Teilnehmer liessen sich über die Reform der Oberstufe der Volksschule und den damit zusammenhängenden Ausbau der Berufsberatung im Kanton Tessin orientieren. Die Anzahl der Berufsberater soll in den nächsten Jahren mehr als verdoppelt werden. Im Laufe der Generalversammlung wurde eine Fachgruppe von italienisch-sprachigen Berufsberatern in den SVB aufgenommen. Der SVB als Dachverband umfasst die in der Berufsberatung tätigen Fachkräfte, sowie alle an der Berufsberatung interessierten kantonalen und eidgenössischen Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie Firmen, Institutionen und Einzelpersonen. Der SVB ist aber nicht nur ein Dachverband, sondern auch eine vom Bund und den Kantonen unterstützte Organisation im Dienste der Berufsberatung. Im Auftrag des Erziehungsdepartementes des Kantons Tessin und mit finanzieller Unterstützung des Bundes wird der SVB aufgrund der guten Erfahrungen in der deutschen Schweiz demnächst eine berufsbegleitende Ausbildung für die zukünftigen Berufsberater in diesem Kanton durchführen. Der SVB gibt auch italienisch-sprachige berufskundliche Literatur heraus. Vermehrte Berufsinformation ist nicht nur für die Tessiner, sondern auch für die italienischen Gastarbeiter in der Schweiz eine dringende Notwendigkeit, nimmt doch die zweite Ausländergeneration, die ins Berufswahlalter kommt, von Jahr zu Jahr zu.

Das neue Bildungskonzept der CVP

(Kurzfassung)

Bildungsstätten sollen dem Lernenden Lebenshilfe bieten und ihn auf seine Aufgaben vorbereiten. Schule und Bildungssystem müssen daher zwingend Probleme der Lebensbewältigung, der Politik, der Arbeitswelt, der sozialen Umwelt, des kulturellen Lebens, der Freizeit und der internationalen Verflechtung der Schweiz berücksichtigen. Für die heutige Schule gilt noch immer die Wissensvermittlung als erstes Ziel, während

soziale Erfahrungen nur unbewusst und nicht zielgerichtet miteinbezogen werden und der Vorbereitung der Jugend auf die Arbeitswelt nicht genügend Rechnung getragen wird.

Nach Ansicht der CVP der Schweiz sind zahlreiche *soziale Barrieren* zu *beseitigen*. Sie tritt deshalb für die Einführung des mindestens einjährigen Kindergartens in allen Gemeinden ein; die Kantone sollen diese

Einrichtungen subventionieren. Das Stipendienwesen ist auszubauen und wirksam zu koordinieren. Der Anteil der ungelernten Jugendlichen (inklusive Ausländerkinder) ist möglichst tief zu halten.

Wirksam fördern

Der Lehrplan der *Grundausbildung* muss beweglich sein und Raum freilassen für Kreativität und Einzel- oder Gruppenarbeit. Er darf nicht auf einem Selektionssystem beruhen. Die Arbeit der Kinder ist zu erleichtern (Verringerung oder Aufhebung der Hausaufgaben), die Schulstundenzahl ist zu senken. Der Einfluss der Eltern auf die Schule ist zu verstärken. Im nationalen Interesse ist die zweite Fremdsprache von der Mittelstufe der Primarschule an einzuführen. Obschon die föderalistische Struktur des Bildungswesens erhalten bleiben muss, ist die Bildungscoordination energisch voranzutreiben (Lehrpläne, Einschulung, Dauer des Schulobligatoriums, Übergänge, Schuljahresbeginn, Schultypenbezeichnung, Stipendienordnung). Auf der *Sekundarstufe I* (letzte 3–4 Jahre des Obligatoriums) ist der übermässige Wettbewerbscharakter dieser Schulen auszuschalten. Das zweite Ziel, Lernen lehren, ist durch eine anspruchsvollere Ausbildung des Lehrkörpers in Pädagogik und Psychologie erreichbar. Am Ende der Orientierungsstufe ist dem Heranwachsenden mit einem *fakultativen Orientierungsjahr* zu helfen, seine Entscheidung bezüglich Berufslehre oder Studium in Kenntnis aller Möglichkeiten besser als bisher zu treffen.

Die *Berufsausbildung* soll sich nicht auf das Erlernen eines «Brotberufes» beschränken, sondern die Anstrengungen der vorhergehenden Schulen für die Vermittlung einer Allgemeinbildung neben dem Berufsunterricht weiterführen, spätere Spezialisierung erlauben, den Weg zu weiteren Berufszweigen öffnen und auf soziale und geografische Beweglichkeit vorbereiten. Für junge Arbeitslose sind kostenlose Kurse vorzusehen. Nötigenfalls sind staatliche Berufsschulen zu schaffen, um die steigende Nachfrage nach Lehrstellen zu befriedigen.

Bezüglich der *Sekundarstufe II* (Maturitätsschulen, allgemeinbildende Schulen) ist zu betonen, dass nicht die Stofffülle, sondern die Vermittlung von Grundbegriffen und all-

gemeinen Kenntnissen, der Einblick in Zusammenhänge und das Verständnis für neue Theorien und Methoden massgebend sein müssen. Eine weitere Typisierung (mit Ausnahme des musischen Typs) ist nicht angezeigt, dagegen das stärkere Wecken der Mitverantwortung für die Gesellschaft.

Leistung und ihre Beurteilung

Schule und Wirtschaftssystem können ohne Anstrengung und Leistung nicht bestehen. Die heutige Leistungsschule aber zwingt den Schüler zur Reproduktion von Stoffen, statt ihn anzuleiten, selbständig zu arbeiten. Wichtigste Gegenmassnahme ist eine ganzheitliche Erziehung im Sinne Pestalozzis: Hauptgewicht auf Vermittlung der Methoden, Befreiung der Programme vom Nebensächlichen, Ersetzung der Examen durch ständige Kontrollen, gezielte Förderung der Persönlichkeit der Kinder.

Behinderten ist die Bildung wenn immer möglich an den öffentlichen Schulen zu erteilen, um sie einzugliedern und anzunehmen. Das bedingt eine bessere Ausbildung der Erzieher. Für den Schutz suchtgefährdeter und die Bildung straffälliger Jugendlicher muss ein neues Denken gefördert werden, weil sie häufig nicht die benötigten pädagogischen und psychologischen Hilfen erhalten.

Lebenslanges Lernen

Die CVP der Schweiz unterstützt das von der Schweizerischen Vereinigung für Erwachsenenbildung vorgelegte «Gesamtkonzept für die Erwachsenenbildung in der Schweiz». Die private Initiative ist zu begrüssen. Überdies ist es notwendig, den verfassungsmässigen und gesetzlichen Rahmen zu schaffen, in dem die Erwachsenenbildung zum anerkannten und geförderten Teil des Bildungswesens werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Institutionen ist zu verstärken, um mehr Übersicht und Arbeitsteilung zu ermöglichen. Um Missbräuche zu beseitigen, sind für den Fernunterricht eine Qualitätskontrolle und ein Verbot unlauterer Werbe- und Verkaufspraktiken nötig.

Der *Lehreraus- und -fortbildung* ist hohe Bedeutung beizumessen. Der Lehrer wird nicht

mehr in erster Linie Informator und Wissensvermittler, sondern Anreger und Begleiter sein. Er benötigt eine Ausbildung, mit der er gruppendynamische Prozesse überwachen und die technologischen Mittel richtig nutzen kann. Jeder Lehrer sollte nach einer bestimmten Zeit für einige Monate in einem anderen Beruf arbeiten und Erfahrungen sammeln können. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist zu verstärken.

Mehr Mittel für die Hochschulen

Die CVP der Schweiz unterstützt die Förderung der Hochschulen und der Forschung durch den Bund; dessen Beitrag an die Finanzierung der Hochschulinstitutionen ist zu vergrössern. Gleichzeitig sind alle Nicht-hochschulkantone an der Finanzierung zu beteiligen. Die Mittel sind zweckmässig und sparsam einzusetzen. Zulassungsbeschränkungen sind abzulehnen.

Die *Bildungsforschung* ist zu verstärken, weil nur so eine zusammenhängende, umfassende und kontinuierliche Bildungspolitik zum Ziel gelangen kann. Nur mit einem Bildungssystem, das ständig weiterentwickelt und nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgestaltet wird, dürfte sich die roh-

stoffarme Schweiz künftig behaupten können.

Für einen neuen Bildungsartikel

Die Forderung, allen Eltern die Möglichkeit zu geben, diejenige Schule zu wählen, die ihrem Kind am besten entspricht, findet in der europäischen Menschenrechtskonvention und in der Sozialcharta ihre Rechtfertigung. Die Freiheit dieser Wahl ist auch in der Schweiz fast überall ausdrücklich garantiert; sie ist in einem neuen Bildungsartikel zu berücksichtigen.

Die *Privatschulen* sind als wertvolle Ergänzung des staatlichen Bildungssystems zu betrachten und deshalb vom Staat mitzuunterstützen, damit sie nicht zu «Schulen der Reichen» werden, sondern ihren sozialen Charakter behalten können. Die *Bildung der Leiter von Jugendorganisationen* ist durch eine teilweise staatliche Subvention zu fördern, damit jede Person, die sich der Jugend annehmen will, neben den technischen auch die pädagogischen Kenntnisse dafür erwerben kann. Auf pädagogische Richtlinien des Staates ist zu verzichten, dagegen dürften sich neue rechtliche Grundlagen aufdrängen.

Über Sinn und Unsinn von Modellen in der Bildungsreform

Franz Pöggeler

Marginalien zu einer Psychose

I. Wer heute daran interessiert ist, den letzten Rest an gutem Sinn der Bildungsreform lächerlich zu machen, sollte fleissig von «*Modellen*» sprechen. Die Verwendung dieses Wortes in der pädagogischen und bildungspolitischen Diskussion lässt die Symptome einer handfesten Reform-*Psychose* sichtbar werden.

Man muss sich fragen, ob bei der übertriebenen Verwendung des Begriffes «Modell» mehr Naivität oder Frivolität im Spiel ist, – manchmal vermutlich beides. Auf jeden Fall mutet die Art, wie das Wort heute verwendet wird, krankhaft an. Wie ist dieser Sachverhalt zu erklären?

Die Bildungsreform ist – von Amerika bis

Europa – in eine Krise geraten. Nach fast 2 Jahrzehnten ständigen Planens und Entwerfens, Forderns und Erprobens wird inzwischen immer energischer nach den Ergebnissen gefragt. Haben die Reformen wirklich Verbesserungen im Bildungssystem bewirkt? Sind die Erfolge grösser als die Misserfolge?

Die Abkehr von weiterem, pausenlosem Reformieren lässt in allen betroffenen Staaten erkennen, dass in Politik und Öffentlichkeit das Unbehagen an der Reform ständig wächst und man nicht davon überzeugt ist, dass sich die Reformen gelohnt haben. Parlamente bewilligen nicht mehr so grosszügig Finanzmittel für Experimente, wie sie es noch vor zehn oder fünfzehn Jahren taten,